

Das Friedensgutachten 2017

Vorstellung am 30. Mai 2017 von Bruno Schoch,
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Aleppo mahnt: Kriegsverbrechen verhindern

In Syrien hat der Bürgerkrieg eine halbe Million Tote gefordert, die Hälfte der Bevölkerung ist vertrieben oder auf der Flucht. Die Staatengemeinschaft erweist sich als ohnmächtig, massenhafte Kriegsverbrechen zu unterbinden. Die Zivilbevölkerung braucht jedoch dringend Schutz und humanitäre Hilfe. Es gilt, der Gewalt Einhalt zu gebieten, den Krieg zunächst „einzufrieren“ und lokale Waffenstillstände durchzusetzen. Von zentraler Bedeutung sind Schutzzonen, um der Zivilbevölkerung humanitäre Hilfe zu leisten. In Astana vereinbarten jetzt Russland, Iran und die Türkei „Deeskalationszonen“, doch die Aufständischen misstrauen Iran und Russland.

Die wirksame Einlösung von Schutzversprechen kann militärischen Zwang erfordern. Allein der UN-Sicherheitsrat kann gegen einen souveränen Staat Zwangsmaßnahmen beschließen. Was aber tun, wenn er blockiert ist? Bisher haben Russland und China mit ihrer Vetomacht dem Assad-Regime den Rücken gestärkt. Militärische Gewalt ohne Mandat einzusetzen verstößt gegen das Völkerrecht. Schuldig kann sich aber auch machen, wer davor zurückschreckt, weil Nichteinmischung dringend gebotene Hilfe verweigert. Das Grauen des Krieges in Syrien nötigt die Staatengemeinschaft und besonders die Europäer, sich diesem friedenspolitischen und -ethischen Dilemma zu stellen.

Gegen den Rückfall in Mächtekonkurrenz und Hochrüstung

Die nach 1989 erkennbare Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit wird verdrängt von neuer geopolitischer Mächtekonkurrenz. Die Aufrüstung der USA, Russlands und Chinas bergen ein gefährliches Eskalationspotenzial. Gegen diesen Rückfall brauchen wir neue Leitbilder, die gegensätzliche politische Systeme in Rechnung stellen, aber zugleich militärische Konfrontationen ausschließen. Internationale Abkommen dienen dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Das relativiert unsere Werte nicht, versteht aber Frieden als Voraussetzung für demokratische Selbstbestimmung.

Lichtblick: Die UN-Agenda 2030

Positiv bewerten wir, dass die UNO mit der Agenda 2030 ein umfassendes Kooperationsprogramm für Nachhaltigkeit beschloss, und dass das Pariser Klimaabkommen schon 2016 ratifiziert wurde. Die *Sustainable Development Goals* wollen soziale Ungleichheit reduzieren, den Klimaschutz voranbringen und „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ fördern.

Bei der Umsetzung muss Deutschland mit eigenen Schritten vorangehen: Halbierung der Armut, Verringerung des Anteils der Jugendlichen ohne Schulabschluss, Ausstieg aus der Kohleförderung. Das seit Langem überfällige 0,7-Prozent-Ziel für Entwicklungshilfe darf weder auf die lange Bank geschoben noch mit den Ausgaben für Flüchtlinge schön gerechnet werden. Der G20-Gipfel im Juli sollte im Tandem mit Frankreich einen neuen Impuls setzen gegen globale Ungleichheit und für faire Wirtschaftsbeziehungen.

Für eine neue Afrikapolitik

Die Initiative des BMZ für einen neuen „Marshallplan mit Afrika“ kritisiert zu Recht, dass die Europäer ihre Afrikapolitik bisher an den eigenen Wirtschafts- und Handelsinteressen ausgerichtet haben. Mit subventionierten Waren wurden lokale Märkte in Afrika zerstört. Das Plädoyer für Wirtschaftskooperation im gegenseitigen Interesse verdient Unterstützung, v.a. das Ziel, jedes Jahr 20 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dagegen konterkarieren Auffanglager für Flüchtende in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten die „gerechte Ordnung“, wie sie der Marshallplan programmatisch skizziert.

Kampf gegen den Dschihadismus

Dschihadistische Gruppen in Syrien und im Irak profitieren davon, dass die Regime korrupt und die Staaten schwach sind. Sie erscheinen vielen als das kleinere Übel. Militärisch kann man sie zurückdrängen und ihnen den Nimbus siegreichen Fortschreitens nehmen, nicht aber die Ursachen für ihre Entstehung beseitigen. In Westeuropa hingegen entspringt dschihadistischer Terrorismus meist der gesellschaftlichen Entfremdung einer kleinen Minderheit unter Muslimen. Zur Prävention und Deradikalisierung gilt es, der sozialen Marginalisierung gefährdeter Personen mit Qualifizierung, sozialpädagogischer Betreuung und Jobangeboten entgegenzuwirken.

Die EU als Zivilmacht stärken

Frieden beruht nicht nur auf Kräfteverhältnissen, Macht und Gegenmacht oder Abschreckung. Die EU steht für ein anderes Modell: Sie will Nationalismus und Krieg nach innen überwinden und nach außen kooperative, auf Recht basierende zwischenstaatliche Beziehungen aufbauen. Diese Zivilmacht gilt es selbstbewusst zu verteidigen. Wir fordern, dass die EU die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu einer Krisenpräventionsagenda ausbaut. Sie sollte neue Abrüstungsinitiativen ergreifen, erhebliche Mittel für den Aufbau von Mediationskapazitäten und Stabilisierung mobilisieren sowie UN-Friedensmissionen engagierter als bisher kollektiv unterstützen.

Die Europäer geben nicht zu wenig Geld für Militär aus, sondern sie geben es falsch aus. Die von der EU vorgelegte *Global Strategy* fordert mehr *pooling und sharing* und eine Europäisierung der Rüstungskooperation und -forschung. Wie das in Einklang mit den zivilen Kapazitäten zur Friedensförderung zu bringen ist, muss intensiver als bisher diskutiert werden.

Neue Initiativen für Rüstungskontrolle

Seit dem hybriden Krieg in der Ukraine befinden sich die Beziehungen mit Russland auf einem Tiefstand. An der Berührungslinie zur NATO kehren militärische Schachspiele zurück, die an den Kalten Krieg erinnern. War es seinerzeit mühsam gelungen, Bedrohungen durch Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung zu verringern, so droht das heute zunichte gemacht zu werden. Die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“ ist verblasst, aber sie ist keineswegs obsolet. Wir brauchen neue Initiativen der Rüstungskontrolle, die zudem auf High-Tech-Waffensysteme wie unbemannte Flugkörper, die Raketenabwehr, zielgenaue Präzisionswaffen und Cyberfähigkeiten auszudehnen ist.

Kritische Bilanz der deutschen Rüstungsexporte

Das von uns seit Langem geforderte Umsteuern bei Rüstungsexporten schlägt sich bisher nicht in den Exportstatistiken nieder. Deutschland ist weiterhin der fünftgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung vom März dieses Jahres, Waffenlieferungen an die Türkei auszusetzen und wir wiederholen die Forderung, keine Waffen mehr an die kurdische *Peschmerga* zu liefern, weil sich ihr Verbleib nicht kontrollieren lässt. Ebenso muss der Bundestag die Aufträge der Bundeswehr an Rheinmetall stoppen, mit denen der Konzern den Bau einer Panzerfabrik in der Türkei mitfinanzieren will. Generell sollten sensible Rüstungsexporte dem Bundestag zur Debatte vorgelegt werden, verbunden mit einer Berichtspflicht der Bundesregierung.

Für Demokratie und die Europäische Union

Die Krise in der EU hält an. Dass sie sich nicht auch als soziale Union versteht, stößt vielfach auf Kritik. Populisten und Nationalisten schlagen daraus Kapital und attackieren demokratische Institutionen und Freiheitsgarantien. Sie mobilisieren gegen die EU mit dem Trugbild, Wohlstand und gutes Leben ließen sich nur hinter nationalen Grenzen verwirklichen. Fremdenhass und Islamophobie breiten sich aus. Aber die Bereitschaft, Verfolgten und Geflüchteten zu helfen, ist nach wie vor beeindruckend. Es ist ein Skandal, dass die beschlossene Verteilung von Asylbewerberinnen und -bewerbern hintertrieben wird. Die EU bestraft Haushaltsdefizite, zeigt aber wenig Courage, gegen diese Vertragsverletzungen und den Abbau demokratischer Freiheiten aktiv zu werden. Sie sollte in ihrem nächsten Haushalt die Fördermittel aus den EU-Strukturfonds an Ungarn und Polen streichen, dies offensiv mit dem Fehlverhalten der autoritären Regierungen in Warschau und Budapest begründen und damit der Opposition den Rücken stärken.

60 Jahre nach Abschluss der „Römischen Verträge“ müssen sich die EU und ihre Mitglieder nationalistischer Abschottung widersetzen. Bisher behauptet sich eine deutliche Mehrheit gegen die anti-europäische Stimmungsmache. Auch war die EU bisher imstande, bei den Sanktionen gegen Russland Geschlossenheit zu wahren und dessen

Destabilisierungsversuchen zu trotzen. Sie ist das einzige supranationale Modell, das wirtschaftliche Freiheiten und Frieden im Binnenverhältnis mit einer demokratischen Wertegemeinschaft verbindet. Doch das ist kein Selbstläufer, inzwischen findet die politische Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autoritarismus im Inneren vieler EU-Staaten statt.

Pressekontakt

Barbara Dörrscheidt
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit & Fundraising
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) | Peace Research
Institute Frankfurt (PRIF)
Baseler Str. 27–31
60329 Frankfurt am Main, Germany
Tel.: +49 69 959104-13
E-Mail: doerrscheidt@hsfk.de

<http://www.friedensgutachten.de>

Das Friedensgutachten, gefördert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), wird im Auftrag der fünf deutschen Friedensforschungsinstitute 2017 herausgegeben von Bruno Schoch (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSFK), Andreas Heinemann-Grüder (BICC, Bonn International Center for Conversion), Corinna Hauswedell (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, FEST), Jochen Hippler (Institut für Entwicklung und Frieden, INEF) und Margret Johannsen (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH). Neben einer einleitenden Stellungnahme der Herausgeber enthält es rund zwanzig Einzelanalysen zu aktuellen Konflikte sowie konkrete Empfehlungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik in Deutschland und Europa.

LIT Verlag (12.90 EUR, ISBN 978-3-643-13758-6).

